Multikrisen in Afrika, Amerika und Europa

Merkel: Islamistischer Terrorismus und Antisemitismus - Übel unserer Zeit

Ägypten ergriff eine Gewaltwelle am vierten Jahrestag der Revolte vom 25. Januar, einst gegen Präsident Mubarak gerichtet. Bomben trafen in al-Arish, Nordsinai, am Donnerstag, den 29. Januar, Soldaten, von denen über 30 getötet und 80 verwundet wurden. Laut „al-Ahram Weekly“ gab sich die Terrorgruppe Ansar al-Bait al-Maqdis verantwortlich. Auch Washington hatte diese “Anhänger Jerusalems“ am 9. April 2014 auf den Index gesetzt, ihnen Angriffe auf Sinai, am Sueskanal und Sympathien für al-Qaida angelastet. Am Nil gilt sie auch als Zweig der Muslimbrüder, der sich am 10. November 2014 mit dem „Islamstaat“ liierte. Präsident as-Sisi flog eher vom Gipfel der Organisation für Afrikanische Einheit in Addis Abeba heim, die 7.500 Mann gegen Boko Haram in Nigeria, Kamerun und Tschad einsetzen will.

Karte: Wiki

Die Halbinsel Sinai, riesengroß, kaum überschaubare Berge und Wüsten, im Osten entlang des Sueskanals, wo nun insgesamt ein zweiter Sueskanal samt Bewässerungs- und Ansiedlungssystemen entstehen werden. Attacken der Ansar al-Bait al-Maqdis gab es auch 2014: westliche Wüste, 19. Juli; und Sinai, 24. Oktober.

Überall geht der Tod um. Oft trifft es Zivilisten. Dies war am Vorabend des Jahrestags der Lotusrevolte so, als unter 23 Toten und 50 Verwundeten auch Shaima as-Sabagh war. Vor laufenden Kameras und in den Armen eines sie abstützenden Helfers verstarb sie: Kugeln durchbohrten ihre Lungen. Diese 31jährige Aktivistin trug Blumen mit Freunden der linken Opposition zum Kairiner „Platz der Befreiung“. Solche und ähnliche Zwiste in der jüngsten Blutwoche am Nil häuften sich. Viele geraten zwischen die Fronten, wo eine Seite, so Abd al-Fattah as-Sisi gegenüber „al-Ahram“ in Addis Abeba, Staat und Bürger bilden. Auf der anderen Seite, so der Präsident, operierten die Muslimbrüder – „in zwei Jahrhunderten eine der global gefährlichsten Geheimorganisationen.“ Jedoch werde er sich nicht den Terrorwellen beugen. Er bat die ägyptischen Medien, dennoch einen positiven Geist zu wahren.

Hamas
Samstag, am 31. Januar, stufte ein ägyptisches Gericht den Militärarm der Hamas, also die Izz ad-Din al-Qassam-Brigaden als „Terrorverein“ ein. Sie hätten auch Waffen in den Ghaza-Streifen geschmuggelt. Laut Kairiner Militärbehörden und Richter Muhammad as-Sayyid zerstörten die Ägypter bislang 1.600 Schmuggeltunnel. Jene Brigaden starteten auch früher Angriffe auf Sinai, wo 33 Personen getötet worden seien, „um den Muslimbrüdern“ zu helfen. Kairo verbot aber die Hamas als eine Dachorganisation bereits am 4. April 2013. Doch entfernte die Europäisch Union, dem Gerichtsurteil vom 17. Dezember 2014 folgend, die Hamas vom Terrorindex. Angeblich sei deren Präsenz auf der Schwarzen Liste ab 2002 mehr durch Medien und Internet, weniger durch Fakten bestimmt gewesen. Das Gericht hatte aber deren eingefrorene Vermögen auf weitere drei Monate einbehalten. Hingegen beschlossen nun die 28 Mitgliedstaaten am Montag, den 19. Januar 2015, zu appellieren.

Wie es die seit 1. November amtierende Außenbeauftragte Federica Mogherini erklärte, beruhe das vorherige Urteil auf prozeduralen Aspekten und berge keine Aussage über die Einstufung der Hamas als terroristische Organisation. Zudem wolle die Union absichern, dass solche Gerichtseingriffe künftig vermieden würden. Hamas soll also für die Zeit der Appellation weiter auf dem Index rangieren und nicht über ihre Fonds verfügen können, solange bis ein endgültiges Urteil gefällt wird. Ihr Sprecher Sami Abu Zuhri meinte dazu, die Europäische Union hege „totale Vorurteile zugunsten der israelischen Okkupation“. Jedoch erinnern sich Beobachter, wie die Hamas durch ihre vermehrten Raketenangriffe auf Israel sowie den Mord an drei israelischen Teenagern den Zwei-Monate-Krieg ab 7. Juli 2014 provozierte. Dieser beendete die vorherige Feuerpause vom 21. November 2012.

Zwei große Übel
Im Lichte dieser Ereignisse um Terrorvereine wie Boko Haram, Ansar al-Bait al-Maqdis, „Islamstaat“ und Hamas in Mittel- und Nordafrika sowie auf der Halbinsel Sinai und nun in Europa – „Charlie Hebdo“ –, gab es am Potomac vier bemerkenswerte Ereignisse. Der Vizepressesekretär des Weißen Hauses, Eric Schultz, äußerte am 28. Januar, die Taliban wären kein Terrorverein, sondern eine Aufstandsgruppe. Dreht man dies derart, entgegen der eigenen Verfügung nach 2001, wo die Taliban sowohl auf dem Index des Finanz- als auch des Außenministers stehen, hätte das Weiße Haus gar nicht gegen seine Prinzipien verstoßen und „nicht mit Terroristen verhandelt“, als es am 31. Mai 2014 fünf Taliban aus Guantánamo Bay gegen den Gefangenen Bowe R. Bergdahl austauschte. Dieser Dreh ist aber so unhaltbar wie die „Gewalt am Arbeitsplatz“ beim Ford-Hood Attentäter Nidal Malik Hasan. Vielmehr deutet es Probleme im Weißen Haus an, den klaren Kurs zu finden.

Punkt zwei, Medien zufolge besuchte das Statedepartment am 26. Januar eine ägyptische Delegation, der Muslimbrüder angehörten. Anderntags weilten fünf dieser Gäste auch im Kongress. Da Ägypten tiefe Zwiste erfährt, erklingen aus Amerika Töne, die an den alten Kurs gegen as-Sisi erinnern. Am 27. Januar erließen die Muslimbrüder einen Appell, der in der „neuen Phase“ einen langen Jihad und Märtyrertum fordert. Erinnert wird an: den Geheimapparat, an-Nizam al-Khas, den Gründer Hasan al-Banna schuf; an Jihadtrupps, die er nach Palästina gegen „usurpierende“ Juden sandte; seine Worte mit 300 Trupps Gläubiger in allen Ecken der Erde kämpfen zu können; und an Gruppen seines Nachfolgers Hasan al-Hudhaibi „aus dem Geheimapparat gegen die Briten, um die Okkupanten auszubluten“. Zwei Tage, nachdem dieser Aufruf erschien, erfolgte der erwähnte Anschlag in Nordsinai.

Strategiesuche

Das Weiße Haus, so scheint es, verliert weiter an Führungskraft. So viel Verwirrung kam aus diesem Ort lange nicht mehr. Um eine neue Strategie zu bedenken, trafen sich im Senat am 29. Januar, mein dritter Punkt, drei ehemalige Außenminister: Madeline J.K. Albright, George P. Shultz und Henry A. Kissinger. Letzterer sagte, so eine multiple Krise wie die heute gab es seit dem Weltkriegsende nicht mehr: in Staaten, zwischen Staaten sowie unter Ethnien und Sekten. Dies führte zum Phänomen „Islamstaat" (der am Samstag, den 31. Januar in einem Webvideo auch die Ermordung des zweiten japanischen Gefangenen, Kenji Goto, bekannt gab, nachdem er am 24. Januar Haruna Yukawa umbringen ließ), der im Namen des Kalifats eine Machtbasis bilde, um bald alle bestehenden Strukturen zu beseitigen.

Immerhin ist die kleine Stadt Kubani an der syrisch-türkischen Grenze mit einst 45.000 Einwohnern, so darf man einfügen, seit Ende Januar wieder in kurdischen Händen, nachdem es Männer des „Islamstaats" etwa zur Hälfte eroberten. Den Sieg brachten eine bessere Abstimmung und über 700 Angriffe aus der Luft, etwa drei Viertel aller Schläge in Syrien. Doch zurück zu Henry A. Kissinger. Amerika habe immer Probleme gehabt, führte er aus, eine Nationalstrategie zu finden, war es doch hinter den beiden Ozeanen sicher. „Wir reagierten und gingen wieder nach Hause." Infolge solcher multiplen Krisen wäre nunmehr eine dauerhafte Strategie geboten, allein nach den Werten, und natürlich in den Allianzen.

Mir fällt im Licht der jüngsten Debatten über die wirksame Strategie zweierlei auf. Zum einen gibt es eine verfehlte Konzentration auf eine Seite der Medaille, auf die Methoden im „Krieg gegen Terror". Die Kehrseite, der zu bekämpfende Islamismus, bleibt völlig im Dunkeln. Eine Nationalpolitik des Antiislamismus sollte folgen, die weltweite Allianzen erklärt, Ziele, Mittel und das gewünschte Ende im heißkalten Globalkrieg. Andererseits wird viel zwischen Islamismus und Kommunismus verglichen. Jedoch bedarf es noch der historischen Forschung, wie Islamismus seit 1800 aufkam, welche Quellen, Bestandteile, Arten und Träger er hat. Dies ist zu wenig erhellt. Aber erst auf der Basis mag eine wirksame Strategie und Taktik entstehen. Das Offensichtliche: Antiislamismus wird schwerer zu überwinden sein, da er von der Religion zu trennen ist, und dies dauert länger als 70 Jahre des Ringens mit dem Sowjetkommunismus, zumal Islamismus weniger künstlich entstand und drei Stränge totalitärer Ideologien hat, die Europa, Mittelost und Südamerika prägten.

Viertens, am 29. Januar billigte das Bankenkomitee im Senat, 18 zu vier Stimmen (sechs Demokraten dafür), ein Gesetz, Teheran Sanktionen aufzuerlegen, sollte es nicht bis zum 24. März ein Abkommen gegen den Griff nach Nukes geben. Kundige zählten 16 Senatoren der Demokraten und 52 der Republikaner, die fortan Obamas Veto überstimmen könnten.

Kanzlerin Merkel betonte - Montag, den 26. Januar - am Vorabend des 70. Jahrestags der Befreiung des Todeslagers Auschwitz-Birkenau durch Sowjetsoldaten nicht allein diese Mahnung, was Menschen anderen Menschen antun können, und Auschwitz als grausame Zäsur in der gesamten Geschichte, also dieses „Nie wieder!" Sondern sie erklärte mit Blick auf die Pariser Anschläge gegen Meinungsfreiheit und Juden, „zwei der großen Übel unserer Zeit: islamistischer Terrorismus und Antisemitismus." Wüten beide nicht zunehmend wieder gemeinsam?

Wolfgang G. Schwanitz

Dazu Bücher *Nazis, Islamists and the Making of the Modern Middle East*: Yale, February 25, 2014, 360 pp. sowie *Islam in Europa, Revolten in Mittelost:* Weist, 2013; 15. September 2014, 2. Aufl., Berlin, bestellbar.